

DISKUS

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

MITTEILUNGSBLATT DER
VEREINIGUNG VON
FREUNDEN U. FORDERERN
DER JOHANN WOLFGANG
GOETHE - UNIVERSITÄT
FRANKFURT AM MAIN E. V.

3. Jahrgang

15. - 18. Juli 1953

Verlagsort Frankfurt a. M.

Was bedeutet Selbstverwaltung?

Die Arbeit
des Studentenparlaments . . .

Will man untersuchen, wie das Studentenparlament in seiner letzten Legislaturperiode gearbeitet hat, dann muß man wohl mit der Beteiligung der einzelnen Parlamentsmitglieder an der Arbeit des Parlaments überhaupt beginnen.

Unser Parlament hat 36 Mitglieder. Davon waren bei den 12 Sitzungen dieses Jahres durchschnittlich 75% anwesend. Die Beschlußfähigkeit mangels Beteiligung, die früher häufig als drohende Wolke über den Sitzungen schwebte, war damit gebannt.

Die Diskussionen über die verschiedenen Punkte wurden sachlich geführt, der Andersdenkende wurde gehört, es bildeten sich keine Fraktionen, es wurde nicht nach vorgefaßten Meinungen abgestimmt, sondern das Urteil erst durch die Diskussion gebildet. In zwei Fällen glaubte das Parlament im Interesse der Studentenschaft gegen Empfehlungen und Beschlüsse von Rektor und Senatsausschuß stimmen zu müssen.

Die ca. 30 Beschlüsse, die gefaßt wurden, die Wahlen von Vertretern der Studentenschaft für verschiedene Gremien der Universität, die Arbeit der 10 Ausschüsse und die Intensität der Diskussionen sind ein Beweis für die gute und produktive Arbeit des Parlaments.

Hauptprobleme dieses Jahres waren

Studentenzeitung DISKUS: Die bei der Studentenzeitung auftretenden Schwierigkeiten zogen sich über ein halbes Jahr hin. Das Parlament bemühte sich, die Herausgeber — soweit sie das Vertrauen des Parlaments besaßen — zu unterstützen und jede andere Einflußnahme auf die Zeitung auszuschalten.

Studentenhaus: Das Parlament glaubte, daß die studentischen Interessen am besten gewahrt würden, wenn man das Studentenhaus dem Studentenwerk unterstellte. Der studentische Vertreter im Interimsausschuß wurde beauftragt, die Wünsche der Studenten dem Ausschuß zu unterbreiten.

Studentenwerk: Der studentische Vertreter berichtete über die Lage des Studentenwerks. Jedoch konnte man z. B. bei der Diskussion über die Mensapreise zu keinem befriedigenden Ergebnis kommen.

Sozialgebühren: Auf Antrag des zuständigen Ausschusses beschloß das Parlament, beim Kultusminister die Herabsetzung des Sportbeitrages von DM 5,— auf DM 3,— zu beantragen.

Haushaltsplan: Der vorgelegte Haushaltsplan wurde einer strengen Kritik unterzogen. Die vom Parlament vorgeschlagenen Änderungen haben sich bewährt.

Weitere Probleme, mit denen sich das Parlament zu befassen hatte, waren: Hessenerlaß für Studenten aus der Sowjetzone, Wehrbeitrag von Studenten, THW, Schnelldienst, Aufbau der Universität usw.

Wenn auch nicht in jeder Sache ein „Beschuß“ gefaßt wurde, so kristallisierte sich doch in den Debatten immer klar die Meinung der Vertreter der Studentenschaft heraus. Dem AStA und den studentischen Vertretern in den einzelnen Gremien war dadurch die Möglichkeit gegeben, sich bei Verhandlungen mit den verschiedenen Stellen auf die Meinung oder einen Beschluß des Studentenparlaments zu berufen. Dadurch wurde den Anforderungen des AStA wesentlich mehr Nachdruck verliehen.

Mit den sonst so beliebten Satzungsdebatten und Satzungsänderungen befaßte sich das Parlament nur wenig. Als bei der DISKUS-Satzung eine Änderung notwendig erschien, wurde sie sofort vorgenommen. Eine Geschäftsordnung des Parlaments konnte dank der guten Vorarbeit in den

Ausschüssen nach einer Debatte von nur 15 Minuten verabschiedet werden.

Von den Gegnern des Parlaments wird mitunter bestritten, daß dieses Gremium auch eine politische Aufgabe zu erfüllen habe. Jedoch zeigt es sich bei AStA-Wahlen, Wahlen von Herausgebern der Studentenzeitung und den be-

Wahltermin:

15., 16. und 17. Juli
in der Zeit von 9 bis 16 Uhr

Wahlort:

Haupteingangshalle vor dem
Rektorat,
für Mediziner vor der medizinischen
Fachschaft.

treffenden Diskussionen immer wieder, daß das Parlament auch politisch Stellung beziehen muß.

Das Parlament hat seinen Weg gefunden. Auf ihm gilt es weiter zu schreiten. Folgende Probleme werden in nächster Zukunft zu lösen sein: Die unterschiedliche Behandlung farbentragender und mensurschlagender Studenten an den verschiedenen Universitäten, Förderung der Fachschaftsarbeit, Beschluß über die Verwendung des VW-Bus des AStA, Aufwandsentschädigungen für die AStA-Vorsitzenden usw.

Um diese Probleme lösen zu können, bedarf es nicht nur tüchtiger, aufgeschlossener Studentenvertreter, sondern auch der Mitarbeit jedes Studierenden.

Heinz Prassel
Präsident des Studentenparlaments

Die Kandidaten:

Die Redaktion des DISKUS bat die Kandidaten für die Wahlen zum Studentenparlament um kurze Beantwortung der Frage:

„Was halten Sie für die wesentlichste Aufgabe des Studentenparlaments?“

Hier die Antworten:

Eine der Hauptaufgaben des Studentenparlamentes sollte es sein, Ausschüsse einzusetzen, die sich mit bestimmten Problemen, wie z. B. Senkung des Sportbeitrages, intensiv befassen und diese Probleme zu einer guten Lösung bringen.

Elfriede Kapp, juristische Fakultät, 5. Semester, 22 Jahre, Vorstandsmitglied des Internationalen Studentenbundes (ISSF); Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Publizistik. Auslandsreferentin des Allgemeinen Studentenausschusses.

Meines Erachtens hat das Studentenparlament zwei Funktionen. Einmal soll es der Studentenschaft ein demokratisches Mitspracherecht gewährleisten — und zweitens, den Studenten dazu auffordern die Möglichkeit zur verantwortungsvollen Mitarbeit nicht nur als lästige und zusätzliche Verpflichtung anzusehen, sondern dazu beitragen, daß das Studentenparlament in seiner Zusammensetzung als Ver-

. . . und die des AStA

Während sich der frühere AStA bemühte, die wichtigsten Entscheidungen möglichst selbständig zu treffen, sah der in diesem Semester tätige AStA seine Anliegen darin, die entscheidenden Fragen zusammen mit dem Parlament zu lösen. Der AStA glaubte, die bestrittene Existenzberechtigung des Parlamentes unter Beweis stellen zu müssen. Das Parlament erhielt Gelegenheit zu zeigen, wie sich schwierige Fragen besser lösen lassen: ob durch den AStA oder mit parlamentarischen Mitteln.

Bei den Verhandlungen über den Hessenerlaß und den Sportbeitrag (worüber bereits verschiedentlich im DISKUS berichtet wurde) hat der AStA deshalb in jeder Phase das Parlament vom Stand der Dinge unterrichtet und dessen Entscheidung bzw. Stellungnahme herbeigeführt, so daß der AStA immer in der Lage war, durch Berufung auf Beschlüsse des obersten Gremiums der Studentenschaft seinen Argumenten mehr Gewicht zu geben.

Man kann also sagen, daß sich die Zusammenarbeit zwischen AStA und Parlament in dieser Hinsicht ausgezeichnet bewährt hat. Auch personelle Schwierigkeiten konnten zusammen mit dem Parlament gelöst werden.

Die unauffälligere, aber überaus wichtige „Routinearbeit“ des AStA ist der Studentenschaft bekannt. Es braucht hier nur an die Tätigkeit des Auslandsreferates, an die Betreuung von Flüchtlingen aus der Sowjetzone, die Tätigkeit des Sozialreferates usw. erinnert zu werden.

U. K.

treter aller Studenten Wirklichkeit wird. Daher müßte die Beteiligung an der Wahl eine Selbstverständlichkeit sein.

Peter George, Rechtswissenschaft, 2. Semester, 22 Jahre, Mitglied des Ringes christlich-demokratischer Studenten.

Das Studentenparlament hat die Aufgabe, sich um die Belange innerhalb der Studentenschaft zu kümmern. Es soll die Studentenschaft nach außen repräsentieren. Spannungen, die sich aus dem Zusammenleben der Studenten ergeben, hat das Parlament zu lösen. Das Parlament hat eine ganze Reihe sehr wichtiger Aufgaben, die es nur ernst nehmen müßte. Ich will mich darauf beschränken, einige zu nennen. So soll sich das Parlament darum bemühen, daß Studenten aus der sowjetischen Besatzungszone, die nach Hessen eingewiesen worden sind, rechtlich den hessischen Studenten gleichgestellt werden. Man soll die Mensa kontrollieren und allzu hochgeschraubte Preise herabzudrücken versuchen.

Hans Ulrich Lemberg, stud. jur., erstes Semester, parteipolitisch nicht gebunden, Mitglied der Jungen Gemeinde, evangelische Studentengemeinde.

Edmund Burke sagte einmal über die Hauptaufgabe eines Parlamentariers: „Dein Vertreter schuldet Dir nicht nur seinen Fleiß, sondern auch sein Urteil, und er verrät Dich, anstatt Dir zu dienen, wenn er es Deiner Meinung opfert.“ Daraus ergibt sich: Förderung der Interessen des Wählers. Ja! Aber wichtiger ist das Wohl der Gemeinschaft, dem die Einzelinteressen geopfert werden müssen, falls sie ihm widersprechen. Jedem einzelnen Problem gegenüber muß sich der Parlamentarier neu entscheiden. Sein Kriterium kann nur eine feste sittliche Norm sein.

Walter Klische, phil. 2. Semester, Ffm-Oberrad, Offenbacher Landstr. 514.

Die wichtigste Aufgabe des Studentenparlamentes scheint mir die Bemühung um die Verbesserung der Lage der Studenten zu sein (in fachlicher und sozialer Hinsicht). Es muß sich gegen alle Maßnahmen wenden, die wie Straßenbahntarif- und Mensapreiserhöhungen, Einschränkung des Hes-

sen-Erlasses usw. dazu führen, daß es für viele Studenten schwieriger und gar unmöglich wird, zu studieren. Es muß auch den Mut haben, wenn es nötig ist, die Studentenschaft zum Kampf für ihre Belange aufzufordern (wie bei den Medizinerdemonstrationen in Köln, Bonn und andern Städten).

Bianca Schorr, geb. 21. 2. 31, 6. Semester, Indogermanistik, KPD.

Vertretung der Studentenschaft in Belangen des öffentlichen Lebens und der Hochschulpolitischen Angelegenheiten unter christlich-humanen Aspekten. (Mensapreise, Unterstützung Berlins und der ostzonalen Studenten und Flüchtlinge, Referat für interkorporative Zusammenarbeit aller studentischen Vereinigungen, soziale Arbeit des Studentenwerks, Unterstützungsfond, Schnelldienst.)

Helmut Schmidt, phil. Fakultät (Altphilologie, Germanistik, Philosophie), 6. Semester, 24 Jahre, Corps Austria im Köse-ner Senioren-Conventsverband.

Die Aufgabe des Studentenparlaments: Durch engen Kontakt mit der Studentenschaft Sprachrohr und Instrument ihrer Interessen zu sein.

Werner Murawski, stud. phil. (Germanistik, Psychologie, Kunstgesch.), 3. Semester, geb. 20. 10. 1927 in Küstrin/Oder. Ostflüchtling, Soldat des II. Weltkrieges, gelernter Zahntechniker, extern. Abitur, Vorsitzender der „Studiobühne der J. W. Goethe-Universität“. Mitglied des „Demokratischen Kulturbundes Deutschlands“.

Das Studentenparlament hat sich für die Interessen der Studenten einzusetzen. Im engen Kontakt mit der Masse der Studenten, der durch kurze Versammlungen zu bestimmten Themen vor allem in der Fachgruppe verstärkt werden müßte, sollen die Vorschläge und Forderungen entwickelt werden, die dem Parlament zur Prüfung vorgelegt werden. Als wichtigste Aufgaben der Parlamentarier sehe ich neben den „laufenden Arbeiten“ wie Kontrolle des AStA, der Finanzen, des Studentenwerks und der jeweiligen DISKUS-Affäre die Fachschaftsarbeit und die materielle Sicherung des Studiums besonders der Werkstudenten. Hierzu gehört auch das Thema Straßenbahntarife, Mensapreise usw.

Michael Vogl, Wiesbaden, geb. 23. 11. 29 in Tilsit. 8. Sem. Biol., Wähler der Kommunistischen Partei.

Aus der Vielzahl der Aufgaben des Studentenparlamentes möchte ich die wichtigsten kurz herausgreifen:

Die wichtigste Aufgabe ist darin zu sehen, daß das neu-gewählte Studentenparlament das volle Vertrauen aller Studenten erringt, dies kann es nur durch Taten — und wenn sie noch so klein sind. Hat es das volle Vertrauen, muß erreicht werden, daß alle Kommilitonen endlich erkennen, daß das Studentenparlament ja nur für sie arbeitet, für die Interessen jedes Studenten eintritt, seine Rechte wahren will und nur für die gesamte Studentenschaft da ist.

Als ein weiteres sehr wesentliches Problem sehe ich die soziale Frage an. Besonders denke ich an die Sowjetzonen-studenten, die eltern- und heimatlos ihr Studium erkämpfen, ich denke an die noch geringe Krankenversorgung aller Studierenden und nicht zuletzt an die wirklich sehr aktuell gewordene Mensafrage. Ein Küchenausschuß muß unbedingt einmal die zu verwendenden Speisen auf Frische und Qualität nachprüfen, er muß sich um die Getränkepreise und die dauernde Milchknappheit kümmern.

Zum Schluß eine kleine Randbemerkung, eine ganz kleine. Eine Arbeit, die sogar der Hausverwalter des Studentenheimes dem Studentenparlament abnehmen könnte. Und zwar wäre es erforderlich, daß auf allen Gängen, in jeder

Der letzte DISKUS dieses Semesters erscheint am 18. Juli

Ecke, Papierkörbe aufgestellt werden, damit endlich die Verunreinigungen auf Tischen, Fensterbrettern und Fußböden aufhören. (Hoffentlich ist dann nicht noch ein Kursus zum Gebrauch des Papierkorbes erforderlich.)

Frau Maria Haas, 2. Semester, Wiesbaden, Rheinstraße 52.

Ich habe schon 2 Semester Parlamentserfahrung. Aus meiner Praxis hat sich immer wieder ergeben, daß man vorher keine großen Pläne machen kann.

Alexander Mushake, 5. Sem. — Keine Partei, Verbindung oder Gruppe. Geb. 1933.

Meine Meinung:

Das Schlagen von scharfen Messuren stellt einen groben Eingriff in die Personwürde und Personenrechte dar, die objektiv unverletzlich sind. Deshalb lehne ich jegliches Schlagen von scharfen Messuren grundsätzlich ab.

Edgar Harsche, dipl. agr. et cand. rer. pol.

Die Interessen der Studentenschaft decken sich weitgehend mit denen der Universität. Wenn sich ein Studentenparlament „gegen“ den Rektor entscheidet, ist das nicht immer eine Entscheidung „für“ die Studentenschaft. Es darf nicht sein, daß der Universität in ihrem Bemühen, sich nach

außen hin unabhängig zu erhalten, durch Quertreibereien korporierter Minderheiten Schwierigkeiten bereitet werden.

Alfred Heim, Dipl.-Volkswirt, Assistent bei Prof. Pollock, wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Wirtschaftswissenschaft, Hessischer Landesvorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Kath. Studentengemeinde, 23 Jahre.

Es ist selbstverständlich, daß die einzelnen Wahlkandidaten in der Basis-Fachschaftsversammlung vom 13. 7. kein konkretes Programm für ihre Legislaturperiode vorlegen konnten, weil Art und Umfang der im kommenden Semester anfallenden Probleme nicht vorausszusehen sind. Nichtsdestoweniger sollte man dennoch versuchen, alle auftretenden Probleme auf der gemeinsamen Grundlage von Demokratie und Europa zu behandeln. Das Studentenparlament soll keine Rednertribüne für Parteifunktionäre sein. Das bedeutet natürlich keineswegs, daß seine Einstellung apolitisch sein soll. Vielmehr ist es geradezu die vornehmste Pflicht der Studentengemeinschaft und ihres Vertretungsorgans, des Studentenparlaments, zu Gegenwartsfragen Stellung zu nehmen und sich aktiv in den Dienst von Demokratie und Europa zu stellen.

Horst Anton, geb. 5. 12. 33, stud. rer. pol. Volkswirt, 1. Semester, Wohnort: Frankfurt, Friedberger Landstr. 168 I, bei Frau Daniel, keine Zugehörigkeit zu einer Verbindung und zu einer Partei. 1. Vorsitzender des Kreisverbandes Saarburg des B.E.J. (Bund Europäischer Jugend).

Man traf sich am 13. 7. 53 in kleinem Kreise, sozusagen ganz unter sich. Doch man scheint sich bei Fachschaftsversammlungen schon an einen kleinen Zuhörerkreis gewöhnt zu haben, und so war es auch nicht weiter verwunderlich, daß bei der Kandidatenvorstellung der Basis-Fachschaft die 8 anwesenden der 10 eingetragenen Kandidaten fast nur über Äußerlichkeiten befragt wurden. Aber es ist doch nur wichtig, daß man die Not und Armut rund um uns nicht übersieht. Und in dem Studentenparlament muß der Wille gezeigt werden, die Pflichten, die unsere Gemeinschaft uns

Die Bedeutung der Parlaments-Sitzung am 9. Juli wurde durch den Besuch seiner Magnifizienz unterstrichen. Prof. Horkheimer sprach zu dem Tagesordnungspunkt „Studentenhaus“, der der wichtigste des Abends war. In der letzten Sitzung hatte das Parlament empfohlen, das Studentenhaus der Verwaltung des Studentenwerks anzuschließen. Das widerspricht dem Vorhaben des Senats, das Studentenhaus zu einem eingetragenen Verein zu machen. Magnifizienz legte den augenblicklichen Stand der Verhandlungen dar. Herr von Keußler erklärte, daß der AStA anfangs für die Gründung eines e. V. war, aber verlangte, daß der Vorstand paritätisch aus Vertretern des Lehrkörpers und der Studentenschaft bestehen solle. In dem vorliegenden Entwurf der Satzung sind jedoch nur 3 Vertreter der Studentenschaft vorgesehen. Obwohl die Verwaltungsform des Studentenhauses noch nicht endgültig bestimmt ist, wählte das Parlament dennoch nach den vom Senat ausgearbeiteten Statuten Herrn Prof. Hagenmüller in den zu bildenden Vorstand, damit überhaupt die Arbeit für das Studentenhaus beginnen kann. (Der DISKUS behandelt dieses Problem an anderer Stelle in dem Beitrag „Was wird mit dem Studentenhaus?“)

Im Verlauf der Sitzung gab Herr von Keußler einen Bericht über die Arbeit des AStA seit der letzten Parlamentssitzung: Die in der letzten Sitzung festgestellte unrechtmäßige Begleichung einer Rechnung zu Lasten des AStA in Höhe von 800,— DM durch das Kuratorium hat sich als ein Mißverständnis herausgestellt; das Geld ist dem Sonderkonto des AStA wieder gutgeschrieben worden. Eine Änderung der Schnelldienstsatzung ist unnötig, da die Geschäftsführer und Mitglieder des Schnelldienstes im Konkursfall haften und für den AStA keine finanziellen Verpflichtungen entstehen.

Auf der Landesverbandskonferenz im VDS ist die Regelung der Studentischen Krankenversicherung auf Landesebene abgelehnt worden, da die Universitäten und Hochschulen in Hessen durch verschiedene Versicherungen abgesichert haben und die Beitragshöhe sehr große Unterschiede aufweist.

Die Verhandlungen um die Einbeziehung der Sowjetzonen-Studenten in den Hessenerlaß sind negativ verlaufen, da die Regierung weiterhin den Standpunkt vertritt, daß Studenten durch bloßen Studienaufenthalt am Hochschulort keinen festen Wohnsitz begründen können. Die Rektorenkonferenz hat aber beschlossen, den Sowjetzonen-Studenten im gesamten Bundesgebiet die Studiengebühren zu stunden. Der Rektor hat daher entschieden, daß die betroffenen Studenten zunächst belegen können, ohne Gebühren zu zahlen. Der AStA wird weiterhin Material für eine Verwaltungsklage sammeln. Der Rektor hat sich auch bereit erklärt, gemeinsam mit dem AStA noch einmal in Wiesbaden zu verhandeln.

Nach monatelangen vergeblichen Bemühungen wählte das Parlament in dieser Sitzung einen 5. Herausgeber des DISKUS. Ferner wurde beschlossen, den Studentischen Vertreter im Bauausschuß der Universität zu beauftragen, den Wiederaufbau des Pharmazeutischen Institutes durchzusetzen.

Nach einer längeren Debatte über die Widerstände des Filmstudios gegen eine Überprüfung seiner Geschäftsführung wurde beschlossen, den dazu gewählten Ausschuß zur Überprüfung der Geschäfte des Filmstudios und des Filmfreundeckreises zu ermächtigen.

aufgelegt, zu erfüllen. Deshalb wird es mein Bestreben sein, den anfallenden Pflichten nach Kräften zu genügen und das Verantwortungsgefühl bei mir und allen Kommilitonen zu wecken und zu erhalten.

Karl Erbach, stud. rer. pol. Hdl. 1. Sem., 21 Jahre, Wohnort: Darmstadt, Elisabethenstraße 34, keiner Verbindung angehörig, Mitglied des Bundes Europäischer Jugend.

Außerdem kandidieren noch folgende Kommilitonen:

I. Juristische Fachschaft		
Name	Semester	Verband
FASTABEND, Walter	3.	
SCHMIDT, Karl-Hans	3.	C.D.H./N.D.
BISCHOFF, Wolfgang	2.	Frankonia im CC
KAPP, Elfriede	5.	AStA/ISSF AG. Publ.

II. Medizinische Fachschaft		
Name	Semester	Verband
BERG, Ria	6.	
BUCHWALD, Waldemar	3.	
FRÖHLICH, Hubert	6.	
HOHLFELDER, Georg	7.	
SCHREIBER, Michael	3.	
TRESSER, Gerhard	7.	
UNBEHAUEN, Volker	4.	

III. Philosophische Fachschaft		
Name	Semester	Verband
WEIMER, Alois	5.	
HÜTHLE, Hildegard	1.	
DEHLAU, Egon	5.	CDH
GUTHIER, Alois	4.	CDH/CV Greiffenstein
WEBER, Gerhard	6.	KSG

IV. Mathematisch-naturwissenschaftliche Fachschaft		
Name	Semester	Verband
GRUBER, Wolfgang	8.	
HEIDTMANN, Horst	3.	
KOCH, Hans	1.	
SEIDENBERGER, Alfons	8.	
SIMON, Horst	2.	

V. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fachschaft		
Name	Semester	Verband
BRASS, Oskar	5.	C.V., BEI
EBERL, Rudolf	2.	C.V.
ENGELS, Friedrich	3.	Corps Saxonia
KUHN, Helmut	3.	U.V.
LÜTTGEN, Frank	3.	
RITZKE, Wolfgang		Frankonia im C.C.
SCHADE, Peter		Dipl. Kaufm. u. Volksw.
SEYRICH, Günter		Burschenschaft Arminia
ZIMMER, Karl-Heinz		Frankonia im C.C.

Parlamentsbericht

Herr Mushake berichtete von seinen Untersuchungen über die Aufschlüsselung der Sozialgebühren:

Zusammensetzung der Wohlfahrtsgebühren	
Zusammensetzung der Wohlfahrtsgebühren	
Studentenwerk	
Beitrag	2,50 DM
Darlehenskasse	2,50 DM (Ausländer nicht)
Wirtschaftshilfe	1,50 DM (Ausländer nicht)
Unfallversicherung	1,— DM
Studentische Krankenversicherung	11,50 DM (bis WS 52/53 DM 9,50, Ausländer immer —,50 DM we- niger)
Stadt und Universitätsbibliothek	
Lesesaal — Akademische Studentenbücherei	1,— DM
Studentenschaft	
Akademisches Auskunftsamt	—,50 DM
Beitrag	2,— DM (Ausländer nicht)
Studiobühne	—,50 DM
Institut für Leibesübungen	
Beitrag	5,— DM (Beurlaubte nicht)
Verwahrgeldkonto 74 (Studentenhaus)	
Betriebsausgaben	2,50 DM
insgesamt	30,50 DM

Verwahrgeldkonto: Nach Angaben des stellv. Kassenleiters kann Herr Sörgel als Geschäftsführer über dieses Konto verfügen und ist anwendungsberechtigt. Das Kuratorium hat ein Überprüfungsrecht.

Akademisches Auskunftsamt: Ursprünglich DM —,50 für Studienberatung. Jede Fakultät hat einen Studienberater, die naturwissenschaftliche zwei; jeder davon erhält z. Zt. DM 40,— pro Monat. Auf Wunsch des damaligen AStA wurden 30% für das Filmstudio abgezogen. Der Rektor hat dieser Regelung im Jan. 1952 zugestimmt. Die Restbeträge für die Studienberatung genügen. Seit SS53 sind diese Gelder auf Wunsch des Rektors dem AStA zur Verwaltung und Auszahlung übergeben.

Die Berufsberatung wird heute durch einen Fachmann vom Arbeitsamt ehrenamtlich alle 14 Tage durchgeführt. Der Gesamtbetrag für das Akademische Auskunftsamt betrug im WS 52/53 2 407,— DM, davon gingen 811,20 DM an das Filmstudio.

Einsetzung der Studienberater: Die jeweiligen Fachschaftsvertreter und die Dekane wählen gemeinsam die Studienberater; sie können sie ebenso gemeinsam abberufen wegen unbefriedigender Ausübung des Amtes. Der Senat hat am 13. 2. 52 beschlossen: „Unbedingt erforderlich ist eine enge Fühlungnahme des Studienberaters mit dem zuständigen Dekan, damit dieser klare Richtlinien für seine Tätigkeit gibt.“

In diesem Zusammenhang wurde zu dem Entschluß des Parlaments, den Sportbeitrag von 5,— auf 3,— DM herabzusetzen, bemerkt, daß noch eine Reihe von Verhandlungen bevorstehen, und daß diese Forderung rechtlich durchführbar sei.

E. Sch.

DISKUS

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

Herausgeber: Alexander Böhm, Ernst Hörschelmann, Gernot Schweikhardt, Oscar Strobel, Gerhard Weber.

Für die Redaktion verantwortlich: Udo Kollatz, Helmut Lamprecht, Karl-Heinz Liebe, Werner Schaffernicht, Wolfgang Wirsig.

Korrespondent in Marburg: Johannes Gross.

Geschäftsführung: Peter Götz, Anzeigenverwaltung: Heinrich Götz, Frankfurt a. M., Rheinstraße 7, Tel. 7 72 09.

Konten der Zeitung: Rhein-Main Bank Nr. 121 210, Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 30158. Manuskripte sind zu richten an „DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung“, Universität Frankfurt a. M., Mertonstr. 17, Tel. 7 00 91, App. 213. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion.

Druck: Druckerei Dr. Günter Zühlsdorf, Frankfurt a. M., Eckenheimer Landstr. 60b, Tel. 5 11 78.

Abonnements zum Preise von DM 1,50 für Wintersemester 1952/53 und Sommersemester 1953 schriftlich bestellen unter Einsendung des Geldes an die Geschäftsführung: Rheinstraße 7.